

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0294/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 13.12.2021
		Verfasser/in: FB 61/010, Dez. III
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses und AVV-Beirats am 11.11.2021		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
20.01.2022	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses und AVV-Beirats am 11.11.2021.

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses und AVV-Beirats am 11.11.2021

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Mobilitätsausschusses und
AVV-Beirats

13. Januar 2022

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.11.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Peter Blum

Stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Kaj Neumann

Vertretung für: Ratsfrau Monika
Annette Wenzel; entschuldigt
verspätet anwesend ab 17:33 Uhr
(TOP I.5)

Ratsherr Matthias Achilles

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Henning Nießen

Ratsherr Rolf Schäfer

Vertretung für: Ratsfrau Ye-One Rhie

Frau Lisa Weskamp

Herr Burkhard Fahl

Frau Charlotte Hinz

Vertretung für: Herrn Jörg Veltrup

Herr Christian Hofmann

Herr Julian Kistner

Vertretung für: Herrn Jan van den Hurk

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Jasper Nalbach

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent Radke

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

Herr Rolf Winkler

Abwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

entschuldigt

Herr Eyüp Özgün

entschuldigt

Ratsfrau Ye-One Rhie

entschuldigt

Herr Stefan Dussin

entschuldigt

Herr Nicolai Vincent Radke

entschuldigt

Herr Jan van den Hurk

entschuldigt

Herr Jörg Veltrup

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff

Dez. III

Frau Strehle

FB 61

Herr U. Müller

FB 61

Herr Schuster

FB 60

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 2/31

Herr Costard	Dez. I
Herr Beckers	FB 13
Herr Dohmen	FB 20
Herr Lowis	FB 36

vom Beirat:

Frau Dr. Driessen	ASEAG
Herr Adler	ASEAG
Herr Geulen	AVV
Frau Bünten	AVV
Herr von der Ruhren	AVV
Herr B. Müller	AVV

als Schriftführerin:

Frau Löhner	FB 61
-------------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.06.2021**
Vorlage: FB 61/0253/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.07.2021 (öffentlicher Teil)**

Vorlage: FB 61/0263/WP18

4 Sachstand zur aktuellen Corona-Situation / ÖPNV-Rettungsschirm 2020 und 2021 (AVV)
Vorlage: AVV/0024/WP18

5 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)
eTarif AVV / NRW
Vorlage: AVV/0025/WP18

6 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)
Fortschreibung AVV-Tarif
Vorlage: AVV/0026/WP18

7 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)
Fortschreibung der AVV-Tarifbestimmungen zum 01.12.2021 und 01.01.2022
Vorlage: AVV/0027/WP18

8 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)
Tarif im easyConnect Projekt
Vorlage: AVV/0028/WP18

9 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)
Verlängerung des Piloten zum Job-Ticket Split
Vorlage: AVV/0029/WP18

10 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 4/31

Sachstand zu den Prüfaufträgen des regionalen Beirats Stadt Aachen

Vorlage: AVV/0030/WP18

- 11 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)**
Sachstand Mobil-Ticket als Abonnement
Vorlage: AVV/0031/WP18

- 12 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)**
Sachstand GästeTicket Eifel
Vorlage: AVV/0032/WP18

- 13 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW)**
Fortschreibung NRW-Tarif zum 01.01.2022
Vorlage: AVV/0033/WP18

- 14 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW)**
Fortschreibung Tarifbestimmungen über den NRW-Tarif zum 01.01.2022
Vorlage: AVV/0034/WP18

- 15 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW)**
Sachstand "Gegenseitiger Vertrieb"
Vorlage: AVV/0035/WP18

- 16 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (VRS)**
Tariffortschreibung VRS-Tarif zum 01.01.2022
Vorlage: AVV/0036/WP18

- 17 **Digitale Entwicklungen im AVV**
Vorlage: AVV/0037/WP18
- 18 **Verschiedenes (AVV)**
Sachstand Projekt "Regio-Tram"
Vorlage: AVV/0038/WP18
- 19 **Verschiedenes (AVV)**
Sachstand NRW-Projekt "Auslastungsinformationen"
Vorlage: AVV/0039/WP18
- 20 **Verschiedenes (AVV)**
Sachstand zu den Förderprojekten "Klimapaket Pendler" und "Mobility-as-a-Service in Nordrhein-Westfalen"
Vorlage: AVV/0040/WP18
- 21 **Klimanotstand- Sachstand Darstellung der Klimarelevanz in Vorlagen**
Vorlage: FB 36/0078/WP18
- 22 **"Richterlicher Dell zügig vorantreiben"**
hier: Ratsantrag Nr. 156/18 der Fraktion der Grünen im Rat und der SPD-Fraktion vom
23.06.2021
Vorlage: FB 61/0186/WP18
- 23 **Campus West, Strategiebeschluss**
Vorlage: FB 61/0219/WP18

- 24 **Fahrradabstellkonzept – Ergebnisse des Gutachtens und weiteres Vorgehen**
Vorlage: FB 61/0256/WP18
- 25 **Breslauer Straße - Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen (Planungs- und Ausführungsbeschluss Stufe 1)**
Vorlage: FB 61/0140/WP18
- 26 **Einrichtung einer baulich geschützten Radverkehrsanlage im Abschnitt nördliche Heinrichsallee (ab Maxstraße) / Monheimsallee - Planungs- und Ausführungsbeschluss**
Vorlage: FB 61/0245/WP18
- 27 **Sachstand Unterflurcontainer;**
hier: Antrag der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Aachen vom 06.09.2021
Vorlage: FB 61/0239/WP18
- 28 **Stephanstraße**
Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gem. § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0043/WP18
- 29 **Triebelsstraße**
Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gem. § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0044/WP18

30 **Mitteilungen der Verwaltung**

31 **ÖPNV + Schnupperaktion**
Vorlage: FB 61/0272/WP18

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
01.07.2021 (nichtöffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0264/WP18

2 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Blum eröffnet die Sitzung des Mobilitätsausschusses und des AVV-Beirats und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen des Beirats, der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der Presse.

Sie findet unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln in Folge der Corona-Pandemie im Eurogress, Sitzungssaal K1/ K2 statt.

Herr Blum führt den Vorsitz in Vertretung der Vorsitzenden Frau Wenzel, die er entschuldigt.

Er stellt folgende Änderungswünsche und Anträge zur Tagesordnung (TO) vor:

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 8/31

-TOP I.23 - Campus West, Strategiebeschluss - soll abgesetzt werden, da keine Vorlage vorliegt.
Stattdessen soll eine Mitteilung der Verwaltung mündlich erfolgen.

-TOP I.27 - Sachstand Unterflurcontainer - soll vertagt und in einer späteren Sitzung behandelt werden, da keine Vorlage vorliegt.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende Herr Blum weist dann auf die Tischvorlage - ÖPNV + Schnupperaktion - hin. Die TO soll um diesen TOP erweitert werden.

Frau Breuer beantragt, diesen TOP nicht aufzunehmen, da sie die Unterlagen eben erst bekommen habe und sie würde sonst dagegen Einspruch einlegen.

Frau Burgdorff erläutert den Hintergrund dieser kurzfristigen Vorlage. Die CDU-Fraktion habe Einspruch gegen den beigefügten Vergabevorschlag der Verwaltung für die Beschaffung eines ÖPNV-Schnupperangebots eingelegt. Sie habe nicht das Vergabeverfahren kritisiert, sondern die politische Beratung und Beschlussfassung der Durchführung dieser Schnupper-Aktion eingefordert. Hierüber sollte heute entschieden werden.

Herr Blum lässt darüber abstimmen, ob die TO um diesen TOP 31 erweitert werden soll.

Abstimmungsergebnis: Die Erweiterung wird mehrheitlich beschlossen mit 11 Stimmen.

Frau Breuer zweifelt die Beschlussfähigkeit an und beantragt, diese zu prüfen. Hier seien einige neue Vertreter*innen, die sie nicht kenne. Der Vorsitzende überprüft die Zahl der Anwesenden und den Anteil der gesetzlichen Mitgliederzahl.

Ergebnis: Die Beschlussfähigkeit ist dann gegeben, wenn das wegen Verspätung der Bahn noch erwartete Ratsmitglied Herr Neumann noch eintrifft.

Herr Blum würdigt rückblickend das CIVITAS-Forum, eine mehrtägige internationale Konferenz mit hunderten Teilnehmenden aus ganz Europa, die in diesem Jahr erstmals in Aachen stattfand. Die Stadt Aachen ist in diesem Rahmen mit dem europäischen CIVITAS-Preis für Transformation ausgezeichnet worden.

Allerdings sei es schade, dass über die Konferenz so wenig in der Presse berichtet wurde. Hier seien wichtige Themen, auch über zukunftsfähige Mobilität behandelt worden und es habe viele neue Informationen gegeben.

Herr Müller berichtet ergänzend. Mit dem CIVITAS Transformation Award 2021 seien die Anstrengungen der Stadt Aachen der letzten ein bis eineinhalb Jahren gewürdigt worden, ein Highlight. Auf europäischer Ebene seien urbane Mobilitätsthemen politisch diskutiert worden, in unterschiedlichen Sessions. Aachen könne sich mit den anderen Städten messen.

Er sei dankbar, dass trotz des schlechten Wetters so viele Menschen in Aachen gewesen seien. Das Feedback sei sehr gut, sowohl zu Aachen als auch zu den Veranstaltungen. Politik und Verwaltung seien in großer Stärke aufgetreten. Er dankt allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Das stärke den Verwaltungsmitarbeiter*innen den Rücken.

Herr Blum dankt Herrn Müller und richtet seinen Dank auch an die Verwaltungsmitarbeiter*innen für die gute und interessant gestaltete Organisation.

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
17.06.2021**

Vorlage: FB 61/0253/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.06.2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 2 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
01.07.2021 (öffentlicher Teil)**

Vorlage: FB 61/0263/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.07.2021 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 6 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 4 Sachstand zur aktuellen Corona-Situation / ÖPNV-Rettungsschirm 2020 und 2021 (AVV)

Vorlage: AVV/0024/WP18

Der Vorsitzende stellt fest, dass ein Vortrag nicht gewünscht wird. Die vorbereitete Präsentation für die AVV-Themen ist als Anlage zu diesem TOP im Ratsinformationssystem einsehbar.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt den Sachstand zur aktuellen Corona-Situation bzw. zum ÖPNV-Rettungsschirm 2020 und 2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

eTarif AVV / NRW

Vorlage: AVV/0025/WP18

Frau Bünten (AVV) hält einen Vortrag (siehe Anlage zu TOP I.4).

Herr Fischer (Fraktion Grüne) meint, die Botschaft sei klar, endlich komme es ins Rollen. Es werde ein starkes Signal gesetzt, auch für Menschen, die sich nicht gut mit dem ÖPNV auskennen, da es einfacher werde. NRW weit gelte dann ein Grundpreis und ein km-Preis nach Luftlinie. Mit Hilfe der Landesregierung könne es am 01.12. losgehen. Er finde, das sei eine Riesenaktion, die den ÖPNV gerade in Zeiten von Corona voranbringe.

Herr Achilles dankt im Namen seiner Fraktion Die Zukunft. Es sei eine gute Aktion und ein großer Schritt nach vorne, vor allem auch weil es einfacher werden soll. Die parallele Preisgestaltung müsse aber irgendwann Geschichte sein, da müsse man schneller werden.

Herr Kistner (SPD Fraktion) teilt mit, auch in seiner Fraktion SPD freue man sich, dass der e-Tarif eingeführt werde und Tarifzonen wegfallen sollen, da brauche man als Fahrgast nicht mehr lange nachzudenken.

Herr Hofmann begrüßt ebenfalls den e-Tarif. Zum Thema Übergangszeit gebe er zu bedenken, auch wenn die Stadt Aachen eigenständig sei, so habe sie auch Einpendler aus anderen Städten. Viele könnten sich die Miete in Aachen nicht leisten. Deshalb finde er die Regelung, es länger parallel weiter laufen zu lassen gut, da sonst enorme Kosten für sie entstehen würden.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum eTarif AVV / eTarif NRW zur Kenntnis und stimmt der beschriebenen Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Fortschreibung AVV-Tarif

Vorlage: AVV/0026/WP18

Herr Geulen (AVV) hält einen Vortrag (siehe Anlage zu TOP I.4).

Abschließend berichtet er, die anderen Kommunen seien den Vorschlägen 1 zu 1 gefolgt. Er erinnert daran, dass die letzte Tariferhöhung ausgelassen worden sei und es habe Kampagnen und Aktionen gegeben, z. B. beim Schülerticket. Die Finanzierung durch Nutzer und die öffentliche Finanzierung sollten im Gleichgewicht bleiben. Zukünftig sollten neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, um den ÖPNV zu stützen.

Frau Hinz (SPD) meint, im Hinblick auf die Verkehrswende müsse man zusehen, dass der ÖPNV möglichst viele Leute gewinnt. Der Preis sei aber nicht allein ausschlaggebend. Indem die Anpassung beschlossen werde, könne die Einführung des e-Tarifs mitfinanziert werden.

Herr Neumann erklärt, seine Fraktion Grüne könne heute nicht zustimmen, sondern sei der Meinung, dass der öffentliche Haushalt die Kosten stemmen sollte und nicht die Menschen, die durch die Pandemie und Flutkatastrophe sowieso schon belastet sind. In Zukunft müsse man andere sinnvolle Finanzierungsmodelle finden.

Herr Lindemann (CDU Fraktion) stellt die Frage in den Raum, ob die Verkehrswende gewollt sei oder nicht. Das Gutachten sei eindeutig: Das Angebot müsse verbessert werden; das müsse aber auch finanziert werden. Die Nutzerfinanzierung sei eine Säule neben der Finanzierung durch öffentliche Haushalte. Für den ÖPNV werde alles teurer - Diesel, Personalkosten etc. Der AVV stehe für viele angeschlossene Gemeinden und Herr Geulen müsse alle übereinbringen. Immer wieder schaffe es der AVV, nur moderat zu erhöhen. Er nennt Beispiele für Erhöhungen über 5 %. Man dürfe sich nicht wegducken und man sollte nicht die Erwartung haben, die öffentliche Hand müsse alles alleine stemmen.

Herr Achilles erklärt, auch seine Fraktion Die Zukunft könne der Erhöhung nicht zustimmen. Zum einen seien die Belastungen aufgrund Corona schon hoch und das Image des ÖPNV sei deshalb angeschlagen. Seiner Fraktion fehle die Diskussion, wie die Verteilung der Finanzierungsanteile zwischen Nutzer*innen und öffentlicher Hand aussehen soll. Politisch Verantwortung zu übernehmen hieße, hier eine offene Diskussion zu führen und bewusst zu entscheiden, wer wie viel zahlt.

Für die Fraktion Die Linke spricht sich auch Herr Nositschka gegen die Erhöhung aus. Er begrüße es sehr, dass die treuen Abo-Kunden nicht belastet werden sollen. Für die Kunden, die Einzeltickets erwerben, sei es aber erheblich, da sie schon durch die Krise stark belastet würden. Er habe zwar zunächst gesagt, dafür stimmen zu wollen, werde sich aber nun enthalten.

Herr Hofmann ist der Meinung, man sollte bei seiner Aussage bleiben. Er finde das Verhalten nicht gut. Man könne konstruktiv darüber sprechen. Gut sei, dass für treue Kunden der Tarif nicht erhöht werde. Auch er sehe die Belastung der Kunden.

Frau Breuer kommentiert, ihr fehlten die Worte. Sie wolle gerne hören, was Herr Geulen dazu sagt. Sie gehe davon aus, dass das heutige Abstimmungsergebnis überstimmt werde. Aber, dass man im nach

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 13/31

hinein umschwenkt, finde sie nicht o. k., man sollte zu seiner Meinung stehen. Das finde sie auch nicht demokratisch.

Der Vorsitzende Herr Blum lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt einer Fortschreibung des AVV-Tarifs im beschriebenen Umfang zum 01.01.2022 zu. Zudem stimmt er, unabhängig von ggf. weiteren Anpassungen des Verbundtarifes zum 01.01.2023, einer Anpassung der Einzel-Tickets Preisstufe 1 und Kurzstrecke um jeweils 0,10 Euro zum 01.01.2023 zu.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 6 Zustimmungen

Der Vorsitzende erteilt Herrn Geulen das Wort.

Herr Geulen erklärt, er nehme das Ergebnis zur Kenntnis; es sei das gute Recht des Ausschusses.

Die Vorlage werde in der Verbandsversammlung zur Abstimmung gestellt und dort vermutlich mehrheitlich beschlossen, da 3 von 4 kommunalen Beiräten dafür gestimmt hätten.

Nur ein Teilbereich werde durch den eTarif günstiger, da dieser AVV-Beirat die in der Vorlage implizierte Deckelung nun nicht beschlossen habe. Er gehe aber davon aus, dass die Verbandsversammlung diese mehrheitlich beschließen werde.

zu 7 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Fortschreibung der AVV-Tarifbestimmungen zum 01.12.2021 und 01.01.2022

Vorlage: AVV/0027/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt der Fortschreibung der AVV-Tarifbestimmungen zum 01.12.2021 und 01.01.2022 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Tarif im easyConnect Projekt

Vorlage: AVV/0028/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum easyConnect-Projekt zur Kenntnis und stimmt der Sondertarifierung im Rahmen der ersten Pilotphase zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Verlängerung des Piloten zum Job-Ticket Split

Vorlage: AVV/0029/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der Verlängerung des Piloten zum Job-Ticket Split im beschriebenen Umfang zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Sachstand zu den Prüfaufträgen des regionalen Beirats Stadt Aachen

Vorlage: AVV/0030/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt den beschriebenen Vorgehensweisen zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Sachstand Mobil-Ticket als Abonnement

Vorlage: AVV/0031/WP18

Herr Dr. Nositschka (Linke) richtet seinen Dank an den AVV für den Vorschlag, daraus ein Abo zu machen. Das begrüße seine Fraktion sehr und man freue sich, wenn das erfolgreich durchgeführt werden kann.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Sachstand Mobil-Ticket als Abonnement zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV)

Sachstand GästeTicket Eifel

Vorlage: AVV/0032/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Sachstand zum GästeTicket Eifel zur Kenntnis und stimmt der beschriebenen Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW)

Fortschreibung NRW-Tarif zum 01.01.2022

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 16/31

Vorlage: AVV/0033/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt den empfohlenen Preismaßnahmen für den NRW-Tarif zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW)

Fortschreibung Tarifbestimmungen über den NRW-Tarif zum 01.01.2022

Vorlage: AVV/0034/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt den Ausführungen über die Fortschreibungen der NRW-Tarifbestimmungen zum 01.01.2022 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 15 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW)

Sachstand "Gegenseitiger Vertrieb"

Vorlage: AVV/0035/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Gegenseitigen Vertrieb (NRW-Ebene) und zum Gegenseitigen Verkauf (Bundesebene) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 16 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (VRS)

Tariffortschreibung VRS-Tarif zum 01.01.2022

Vorlage: AVV/0036/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Tariffortschreibung des VRS-Tarifs zum 01.01.2022 zur Kenntnis und stimmt den Preismaßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 17 Digitale Entwicklungen im AVV

Vorlage: AVV/0037/WP18

Herr Achilles merkt an, laut Vorlage werde für die Registrierung eine Altersbeschränkung auf 18 Jahre empfohlen. Seine Fraktion wolle sich aber dafür einsetzen, dass mittelfristig alle diese Möglichkeiten, gerade auch der digitale Zugang zur zentralen Vertriebsplattform, auch jungen Menschen offenstehen.

Frau Bünten antwortet, in den Tarifbestimmungen sei zurzeit die Beschränkung auf 18 Jahre festgelegt. Im kommenden Jahr könne eine Änderung anstehen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur digitalen Entwicklung im AVV zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 18 Verschiedenes (AVV)

Sachstand Projekt "Regio-Tram"

Vorlage: AVV/0038/WP18

Herr B. Müller hält einen Vortrag (siehe AVV-Präsentation, Anlage zu TOP I.4).

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 18/31

Herr Lindemann nimmt Bezug auf das Gutachten. Darin werde eine direkte Anbindung als Hauptzielsetzung empfohlen. Er sei überzeugt, wenn das so umgesetzt wird, werde das zum Erfolg führen.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Sachstand des Projektes Regio-Tram zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 19 Verschiedenes (AVV)

Sachstand NRW-Projekt "Auslastungsinformationen"

Vorlage: AVV/0039/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Sachstand des Projektes „Auslastungsinformation“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 20 Verschiedenes (AVV)

Sachstand zu den Förderprojekten "Klimapaket Pendler" und "Mobility-as-a-Service in Nordrhein-Westfalen"

Vorlage: AVV/0040/WP18

Frau Bünten hält einen kurzen Vortrag (siehe AVV-Präsentation, Anlage zu TOP I.4).

Eine Beschlussfassung ist nicht vorgesehen.

zu 21 Klimanotstand- Sachstand Darstellung der Klimarelevanz in Vorlagen

Vorlage: FB 36/0078/WP18

Herr Dr. Nositschka führt aus, dass sich die Stadt an den Maßstäben, die große Unternehmen bei der CO2-Bilanzierung anlegen, orientieren sollte.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht über den Sachstand der Darstellung der Klimarelevanz in Vorlagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 22 "Richterlicher Dell zügig vorantreiben"

hier: Ratsantrag Nr. 156/18 der Fraktion der Grünen im Rat und der SPD-Fraktion vom 23.06.2021

Vorlage: FB 61/0186/WP18

Frau Burgdorff bittet, diesen TOP an das Ende der TO zu verschieben, da Frau Strehle, die hierzu einen Vortrag halten sollte, wegen einer Besprechung mit Frau Oberbürgermeisterin Keupen später eintreffen werde.

Frau Breuer schlägt vor, auf den Vortrag zu verzichten, da er schon im Planungsausschuss gehalten wurde.

Der Vorsitzende Herr Blum lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorschlag, den TOP zu verschieben wird mehrheitlich angenommen mit 11 Stimmen.

Nach ihrem Eintreffen im späteren Verlauf der Sitzung gibt Frau Strehle einen Überblick und Ausblick für das Jahr 2022.

Grundlage sei der im Jahr 2022 beschlossene Masterplan 2030, für dessen dynamische Fortschreibung die Stadt Aachen das Instrument des Aachen Kompass entwickelt hat. Man müsse sich die Frage stellen,

ob die Planungsgrundlagen hier noch realistisch sind für die Herausforderungen, die heute berücksichtigt werden müssen.

Im Augenblick sei die Verwaltung dabei, ein Projektteam zusammenzustellen, die Frage des Projektdesigns zu gestalten, auch unter Berücksichtigung des Radentscheid, Nutzungskonzepte zu erstellen, Zukunftsfragen mit zu denken. Dieser Gestaltungsprozess soll nicht auf 7 Jahre begrenzt sein, damit er dann wieder veraltet ist, sondern dynamisch sein, damit er mitwachsen kann. Das Projektdesign werde flexibel gehalten und in direkter Abstimmung mit der Politik.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis

Damit gilt der Ratsantrag Nr. 156/18 als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 23 Campus West, Strategiebeschluss

Vorlage: FB 61/0219/WP18

Dieser TOP wird gemäß Beschluss in TOP I.1 vertagt, da keine Vorlage hierzu vorliegt. Stattdessen soll eine Mitteilung der Verwaltung zu diesem Thema erfolgen (siehe TOP I.30).

zu 24 Fahrradabstellkonzept – Ergebnisse des Gutachtens und weiteres Vorgehen

Vorlage: FB 61/0256/WP18

Nachdem Herr Müller in das Thema eingeführt hat, hält Herr Braun (Verkehrskonzept Heidemann Braun GbR) einen Vortrag; die Präsentation ist auch als Anlage im Ratsinformationssystem einsehbar.

Herr Lindemann dankt für den Vortrag. Man wisse nun, was gemacht werden müsse. Heute sei nur eine Kenntnisnahme vorgesehen; dieses Gremium sollte aber im weiteren Verfahren beteiligt werden. Z. B. nach dem Neuausbau einer Straße, die von den Anwohnern mitfinanziert worden ist, könne es

problematisch sein, wenn durch Quartiersgaragen Parkplätze wegfallen. Das sei dann nicht mehr ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Seine Fraktion sei auch für Quartiersgaragen, aber bitte mit Bedacht.

Auch Herr Neumann dankt für den Vortrag. Das Gutachten enthalte eine gute Analyse des Bestands. Wenn das alles einmal umgesetzt sein werde, sei man ein großes Stück weiter. Er wolle die Aussage des Herrn Lindemann unterstützen, zwar nicht über jeden einzelnen Bügel entscheiden zu wollen, andererseits aber solle, z. B. im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bauschildern oder Lichtzeichenanlagen in Kreuzungsbereichen der Ausschuss beteiligt werden. Über Fahrradboxen solle regelmäßig berichtet werden.

Herr Müller nennt Beispiele zu bereits erfolgten Maßnahmen, beispielsweise die auf den Weg gebrachten Installationen von Fahrradbügeln und gibt einen Ausblick auf die anstehenden Maßnahmen, z. B. zu Fahrradparkplätzen wie am Hauptbahnhof bzw. Blue-Gate-Projekt. In Zukunft sollen weitere Angebote etabliert werden. Die Parkhausbetreiber hätten schon begonnen, weitere sollen demnächst ausgewiesen werden.

Frau Hinz dankt im Namen ihrer Fraktion (SPD) ebenfalls. Es sei gut, dass die Bedürfnisse aus der Sicht der Radfahrer für Lang- und Kurzzeitparken berücksichtigt würden. Sie stellt eine Frage zum Radentscheid, die Herr Müller beantwortet. Eine genaue Zeitplanung könne er nicht vorlegen. Durchschnittlich werde die Einrichtung von etwa 1000 Fahrradabstellplätzen jährlich angestrebt. Das hänge aber von den Kapazitäten bzw. der Auslastung ab.

Herr Achilles meint, wenn der Ausschuss einen Umbau im großen Stil anstrebe, sollte er das zügig vorantreiben. In Anspielung auf die Ausführungen des Herrn Lindemann wolle er der Ansicht, dass durch KAG-Abgaben ein Anspruch auf Stellplätze begründet werde, vehement widersprechen. Eine Entscheidung darüber, ob durch Fahrradbügel oder Baumschutzmaßnahmen Parkplätze berührt werden, müsse sich der Ausschuss vorbehalten.

Auch Herr Dr. Nositschka möchte für den Ausschuss die Entscheidung vorbehalten, nach welchen Regeln die Fahrradstellplätze angelegt werden, aber wie sie aufgestellt werden, sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Er fragt, warum Einzelboxen nicht betrachtet werden, sie würden gerade von Besitzern höherwertiger Fahrräder gut angenommen.

Herr Braun antwortet, man habe das Aufstellen von Einzelboxen nicht als das Mittel der Wahl gesehen, da schon ein einzelnes Haus mehrere benötige und diese dann eine größere Fläche im Straßenraum benötigen würden. Ein Häuschen mit 4 Plätzen bekäme man immer voll. Einzelplätze seien eher für „außen“ geeignet; in Wohngebieten könne man mit anderen Einheiten arbeiten.

Frau Breuer bemerkt, wenn man über Boxen rede, habe noch keiner gesagt, dass diese begrünt werden sollen. Dies wäre aber gut für das Stadtklima, bei aller Euphorie gehöre das auch dazu.

Das Parkhaus an der Stadtverwaltung werde gut angenommen, andere hingegen nicht, sondern stünden allem Anschein nach leer. Wo Kunden und Anwohner pendeln können, sei natürlich Rotation und es seien auch Parkplätze kurzzeitig frei. Das Problem für die Anwohner stelle sich abends, dann könne man nicht mehr von freien Parkplätzen sprechen, z. B. im Frankenberger Viertel. An allen Straßen, die angepackt werden, würden ständig Parkplätze wegfallen. Diese Anmerkungen am Rande wolle sie mal mitgeteilt haben. Ansonsten finde sie das Gutachten gut und wichtig.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zu den Ergebnissen des Fahrradabstellkonzeptes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 25 Breslauer Straße - Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen (Planungs- und Ausführungsbeschluss Stufe 1)

Vorlage: FB 61/0140/WP18

Zu diesem TOP liegen Pläne aus. Herr Müller hält einen Vortrag, der als Anlage im Ratsinformationssystem erfasst ist.

Herr Achilles dankt für den Vortrag. Er fahre dort oft vorbei. Es sei eine Sache, die der dringenden Aufwertung bedürfe, ein dringender Schritt auch im Sinne des Radentscheids. Leider werde die Straße in zwei Stufen umgebaut, wobei die erste den Knoten Dresdener Straße außen vor lasse. Er wolle bitten, das noch anzugehen, da es eine Verkehrssicherheitsproblematik darstelle.

Er stellt einen Prüfauftrag als Erweiterung des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

"...und zu prüfen, ob eine Verschwenkung der PBL in den Einmündungsbereichen nach außen möglich ist, falls ja soll das umgesetzt werden."

Herr Neumann dankt für Vortrag und Planungen für eine sinnvolle Umgestaltung. Er stellt im Namen seiner Fraktion folgenden Prüfauftrag als Ergänzung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung:

„Es soll geprüft werden, ob die stadtauswärtige Haltestelle Dresdener Straße vorgezogen provisorisch als Buskap-Haltestelle hergestellt werden kann.“

Seine Fraktion entscheide sich für Variante 1b wie die Bezirksvertretung.

Herr Kistner (SPD Fraktion) schließt sich dem Dank an, auch weil er Anwohner sei und diese Straße zu Fuß und mit dem Fahrrad nutze. Auch im Sinne des Radentscheids würden nun weitere 200 - 300 m geschafft. Seine Fraktion werde sich den Anträgen anschließen und für Variante 1b stimmen, da sie Konfliktpotential sehe.

Herr Lindemann weist auf das Ziel des Radentscheids hin. Wenn der Ausschuss sich heute entscheide, sei der Weg nur 20 cm breiter, aber wenn man ehrlich sei, seien dort nur wenige Fußgänger und Radfahrer unterwegs. Es sei gesagt worden, man wolle keinen gemeinsamen Weg für Radfahrer und Fußgänger. Aber mit der Protected Bike Lane werde es zu Verkehrsstaus kommen. Wahrscheinlich werde ein Beschluss über Variante 1b gefasst. Sie unterscheide sich zur Variante 1a an der Bushaltestelle, ausgerechnet da, wo viele Fußgänger stehen können. Das könne er nicht nachvollziehen. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Frau Dr. Driessen erklärt, die ASEAG habe sich für Variante 1b ausgesprochen, da sie den Konflikt mit den Radfahrern sehe. Bezüglich der Sicherheit könnte für Fußgänger mit einem Haltekap eine Lösung gefunden werden.

Herr Achilles merkt an, es sei sachlich nicht korrekt, dass es keine Konflikte zwischen Rad- und Fußweg gebe. Dort seien die Berufsschule, das Einkaufszentrum, große Arbeitgeber. Für diese Menschen solle ein ordentlicher Umbau geplant werden. Womit sollte man eine Ablehnung begründen?

Herr Fahl weist darauf hin, ein Buskap könne so eingerichtet werden, dass Konflikte zwischen Bus und Fußgängern vermieden und auch ein- und aussteigende Fahrgäste nicht gefährdet werden.

Herr Hofmann fragt, warum die Grünflächen nicht einfach mit eingebunden werden. Dann könnte man die Radfahrer hinter der Bushaltestelle weiterführen. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass es beim An- und Abfahren mit dem Bus immer gefährlich werden kann, weil es einen toten Winkel gebe.

Hier sei die Haltestelle erst vor kurzem saniert worden. Wenn man an einen Umbau denke, könne man auch prüfen, sie ein paar Meter zu verlagern und die Grünfläche mit einzubeziehen.

Herr Müller erklärt, es gebe hier einen schützenswerten Baumbestand zur Straße hin, der bei den Planungen berücksichtigt werden müsse.

Bezüglich des Buskaps müsse mit der ASEAG geklärt werden, ob dadurch eine Verbesserung erreicht werden kann, um Konflikte zwischen Radverkehr und ein- bzw. aussteigenden Fahrgästen zu reduzieren.

Herr Hecker geht auf die Ausführungen des Herrn Achilles ein. Das sehe er anders, es sei keine bedeutende Strecke für Radfahrer, er sehe dort nur wenige und fast keine Fußgänger. Er fragt, ob es wirklich so schlimm ist, als Radfahrer mal zu klingeln oder anzuhalten. Er habe sich die berufsbildende Schule angesehen. Es seien meistens auswärtige Schüler und es würden nur wenige Fahrräder dort stehen.

Seine Frage, in wie weit dort Anlieger bekannt sind, beantwortet Herr Müller. In den vergangenen Jahren seien anliegende Gewerbetreibende hinzugekommen. Dadurch seien auch mehr Zufahrten eingerichtet worden. Die Baulast sei dann zur Stadt Aachen übergegangen.

Herr Blum möchte einen Wortbeitrag als FDP-Mitglied leisten. In der Vorlage der Verwaltung selbst sei ein Hinweis auf Rückstau in Spitzenzeiten zu finden. Die Fahrzeiten würden sich insgesamt noch erhöhen. Einhellige Meinung vieler Experten sei, dass der Verkehr fließen sollte. Die Breslauer Straße sei eine Durchgangsstraße. Das werde sich wohl noch verstärken.

Frau Breuer teilt mit, sie fahre oft zu dem Einkaufscenter, da man dort eine gute Mischung vorfinde. Es sei unverständlich, warum ausgerechnet diese Straße aufwändig umgestaltet werden soll. Zu der Aussage, Radfahrer und Fußgänger seien gefährdet sagt sie, sie kenne hier keinen Unfallschwerpunkt. Bei den vielen Baustellen sei man froh, dass man hier noch eine funktionierende Straße vorfinde. Da dort niemand wohne, sei dort wenig Auslastung beim Rad- und Fußweg zu erwarten, sondern der Verkehr sei überörtlich.

Herr Hofmann stimmt der Aussage des Herrn Blum zu, die Verkehrsbelastung werde sich erhöhen. Durch mehr Staus werde aber die Umwelt auch noch mehr belastet.

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 25/31

Herr Müller merkt an, die Verwaltung sei beauftragt worden, die Veränderung der Straße zu planen, unter Beachtung des Radentscheids, also mit Verbesserungen auch für den Radverkehr. Man wolle den Umstieg aufs Rad, der wiederum eine Änderung der Belastung erwirken soll. Außerdem würden Verkehrsfluss und Geschwindigkeit nicht unbedingt zusammenhängen; zu beachten seien auch die Ausfahrten.

Der Vorsitzende Herr Blum lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung und dann über die einzelnen Prüfaufträge abstimmen.

1. Empfehlung der Verwaltung zu Stufe 1a, Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt.
2. Änderung des Beschlussvorschlags in Stufe 1b, Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen mit 11 Stimmen bei 6 Ablehnungen.
3. a) Prüfauftrag des Herrn Achilles, Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen mit 10 Stimmen.
b) Prüfauftrag des Herrn Neumann, Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen mit 10 Stimmen.

Es ergeht somit der folgende

Beschluss:

1. Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und fasst den Planungs- und Ausführungsbeschluss gemäß der vorgelegten Planung zu Stufe 1b (Plan-Nr. 2021/07-01_L1 und 2021/07-01_L2, Anlage 3 und 4). Außerdem beauftragt er die Verwaltung die Lagepläne für die 2. Stufe zu erarbeiten.

2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Verschwenkung der Protected Bike Lane in den Einmündungsbereichen nach außen möglich ist, falls ja soll das umgesetzt werden.

3. Weiter soll geprüft werden, ob die stadtauswärtige Haltestelle Dresdener Straße vorgezogen provisorisch als Buskap-Haltestelle hergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.: mehrheitlich mit 11 Stimmen bei 6 Ablehnungen

zu 2.: mehrheitlich mit 10 Stimmen

zu 3.: mehrheitlich mit 10 Stimmen

zu 26 Einrichtung einer baulich geschützten Radverkehrsanlage im Abschnitt nördliche Heinrichsallee (ab Maxstraße) / Monheimsallee - Planungs- und Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0245/WP18

Herr Müller hält einen Vortrag; die Präsentation ist als Anlage im Ratsinformationssystem erfasst.
Die Bezirksvertretung Mitte (BV 0) habe den Empfehlungsbeschluss laut Verwaltungsvorschlag gefasst.

Herr Lindemann nimmt Bezug auf eines der Ziele des Radentscheids - 5 km Radwege jährlich zu bauen. Dieses Ziel sei einschließlich der Breslauer Straße womöglich schon längst erreicht. Die BV 0 habe zugestimmt, für den Ausschuss sei das auch zu erwarten. Zu bedenken sei, dass der Schutzstreifen sehr „schnell“ sei. Momentan habe man den Eindruck, wo etwas gebuddelt wird, soll eine Protected Bike Lane gemacht werden. Das sei aber Flickwerk, kein durchgängiges Radwegenetz. Darüber müsse man sich nochmal zusammen unterhalten.

Herr Fahl spricht ein „ganz dickes Lob“ für die Verwaltung aus. Wenn man den Alleenring betrachte, sei er der Meinung, dass man ein ganzes Stück weitergekommen sei. Er kenne den Grüngürtel in Münster und träume davon, dass mittelfristig gedacht auf dem Alleenring der ÖPNV mit einem 5-Minuten-Takt ausgebaut und der Individualverkehr verringert werden kann. Im Rahmen der Verkehrswende müsse nicht nur der Radverkehr, sondern auch der ÖPNV ausgebaut werden.

Frau Dr. Driessen würde gerne die Ausführungen ihres Vorredners dahin gehend ergänzen, dass die ASEAG für die Zukunft das Ziel des 5-Minuten-Takts im Auge behalten und den Umweltschutz mitdenken wolle. Deswegen würde sie sich wünschen, dass die Buskaps relativ zügig realisiert werden können, auch um aus dem Gefahrenbereich herauszukommen.

Herr Achilles gibt Herrn Lindemann in dem Punkt Recht, dass ein Radwegenetz benötigt werde. Das habe der Rat mit dem Radentscheid beschlossen, nicht erst nach 8 Jahren, sondern jedes Jahr mindestens 5 km. Dies sei eine wichtige Vorlage, die eine Lücke schließe und Aachen ein Stück weiterbringe. Ansonsten danke er für Vortrag und Vorlage. Er wolle gerne zustimmen.
Er stellt Fragen, die Herr Müller prüfen lassen möchte.

Herr Hofmann meint, auch hier tue man dem Radverkehr etwas Gutes, da hier viele Radfahrer unterwegs seien. Er hoffe auf Zustimmung des Ausschusses. Er fragt, ob man nicht auf eine Rotfärbung in gesamter Länge verzichten und stattdessen diese nur in den Einmündungsbereichen auftragen kann. Das sei finanziell sparsamer für die Stadt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die markierungs- und bautechnische Änderung der nördlichen Seite der Heinrichs-/Monheimsallee im Abschnitt Maxstraße bis Bastei auf Grundlage der beigefügten Planung weiter zu verfolgen und fasst den Planungs- und Ausführungsbeschluss.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 16 Stimmen bei 1 Enthaltung

zu 27 Sachstand Unterflurcontainer;

hier: Antrag der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Aachen vom 06.09.2021

Vorlage: FB 61/0239/WP18

Gemäß Beschluss in TOP I.1 wird dieser TOP vertagt, da die Vorlage nicht vorliegt.

zu 28 Stephanstraße

Abrechnung der als HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE ausgebauten Erschließungsanlage gem. § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0043/WP18

Ohne Aussprache ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als **HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE** ausgebauten Erschließungsanlage „Stephanstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragsatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 28/31

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 29 Triebelsstraße

Abrechnung der als HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE ausgebauten Erschließungsanlage gem. § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0044/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als **HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE** ausgebauten Erschließungsanlage „Triebelsstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 30 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen folgende Mitteilungen der Verwaltung schriftlich vor, die auch als Anlage im Ratsinformationsdienst einsehbar sind:

- Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen
- Aufstellung neuer Fahrradbügel im Jahr 2021
- Bewerbung Ausrichtung Fahrradkommunalkonferenz 2022
- Bürger*innendialoge im Kontext Mobilität und Straßenbau
Im Zeitraum von November 2021 bis I. Quartal 2022

Frau Strehle hält einen Vortrag zu TOP 23 Campus West, „Strategiebeschluss“; die Präsentation ist ebenfalls als Anlage erfasst.

zu 31 ÖPNV + Schnupperaktion

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 29/31

Vorlage: FB 61/0272/WP18

Frau Breuer erklärt: „Wir werden auch jetzt widersprechen. Erstens wusste man das schon, das hätte man eher machen können. Deswegen werden wir auch hier Einspruch erheben.“

Der Vorsitzende Herr Blum lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.
Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der „ÖPNV+ Schnupperaktion“ zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 12 Stimmen bei 4 Ablehnungen und 1 Enthaltung

Der Vorsitzende Herr Blum schließt die öffentliche Sitzung um 20:32 Uhr.
Er dankt allen Zuschauer*innen für die Teilnahme.

Nichtöffentlicher Teil

**zu 1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
01.07.2021 (nichtöffentlicher Teil)**

Vorlage: FB 61/0264/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.07.2021 (nichtöffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 6 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung:

Es liegen keine nichtöffentlichen Mitteilungen der Verwaltung vor.

Um 20.35 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Blum
Stellv. Vorsitzender

Löhner
Schriftführerin

Gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

MA/10/WP18

Ausdruck vom: 13.01.2022

Seite: 31/31